

Bezugspreis:
Stilles Jähr. 4 75 Mk., monatl. 2 25 Mk.
Kleinere Hausverhältnisse. Einzelne
Nummern 10 Pfennig. Postbezug
monatlich 2 25 Mk. erst. Zustellungs-
gebühr. Unter Kreuzband für Deutsch-
land u. Ostereich-Litauen 1,50 Mk.
für das übrige Ausland 2,50 Mk. bei
jährlich e-nmaliger Zustellung 7,50 Mk.
Goldbestellungen nehmen in Däne-
mark, Holland, Luxemburg, Schweden
und der Schweiz. Eingetragen in die
Poln. Zeitungsk-Verzeichnisse.

Der „Vorwärts“ erscheint monatlich
gewöhnl. am Montag, einmal.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Vorwärts“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: S.W. 68, Lindenstr. 3.
Verantwortlicher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Freitag, den 7. Februar 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., S.W. 68, Lindenstr. 3.
Verantwortlicher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Anzeigenpreis:
Die nachfolgende Konditionen gelten
für den 10. Tag. „Kleinanzeigen“,
das heißt: 20 bis 40 Wörter, 10 bis 15
Zeilen (je nach Größe), jedes weitere
Wort 10 bis 15. Kleinanzeigen und
Schlagzeilenzeilen das erste Wort
30 bis 40, jedes weitere Wort 15 bis
20. Bei 10 bis 15 Zeilen abwärts: für
jedes Wort, 10 bis 15. Kleinanzeigen
10 bis 15. Kleinanzeigen für die
nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
nachmittags im Hauptgeschäft Berlin
S.W. 68, Lindenstr. 3, abgegeben
werden. Gebühren von 9 Uhr früh bis
6 Uhr abends.

Bildung der Reichszentralgewalt.

Die Nationalversammlung wählt heute ihr Präsidium.
Ihre nächste Aufgabe wird dann die Feststellung einer vor-
läufigen Verfassung sein, der die sozialdemokratische
Fraktion bereits ihre Zustimmung erteilt hat. Auf Grund
dieser vorläufigen Verfassung wird dann die Bildung der
neuen Zentralgewalten erfolgen, über die der Entwurf fol-
gendes bestimmt:

§ 7. Der Reichspräsident wird von der Nationalver-
sammlung mit einfacher Stimmenmehrheit gewählt. Sein Amt
dauert bis zum Amtsantritt des neuen Reichspräsidenten, der auf
Grund der künftigen Reichsverfassung gewählt wird.

§ 8. Der Reichspräsident beruft zur Führung der Reichs-
regierung ein Reichsministerium, dem sämtliche Reichs-
behörden und die oberste Exekutive unterstellt sind. Die
Reichsminister bedürfen zu ihrer Amtsführung des Vertrauens
der Nationalversammlung.

§ 9. Alle zivilen und militärischen Anordnungen und Ver-
fügungen des Reichspräsidenten bedürfen zu ihrer Gültigkeit der
Gegenzeichnung durch einen Reichsminister. Die
Reichsminister sind für die Führung ihrer Geschäfte der Rati-
onalversammlung verantwortlich.

Sobald die provisorische Verfassung angenommen ist,
kann die Nationalversammlung den Reichspräsidenten wäh-
len. Dieser ernannt sodann im Einverständnis mit den Ver-
tretern der Parlamentsmehrheit das Reichsministerium. Man
nimmt an, daß die Nationalversammlung den von der sozial-
demokratischen Fraktion vorgeschlagenen Genossen Ebert
zum Reichspräsidenten wählen und daß sodann ein vierzehn-
gliedriges Kabinett unter dem Vorsitz des Genossen Schei-
demann gebildet werden wird, das zur Hälfte aus Sozial-
demokraten, zur anderen Hälfte teils aus Demokraten, teils
aus Zentrumsmittgliedern bestehen soll.

Es bleibt abzuwarten, wie sich das Zusammenarbeiten
mit den Bürgerlichen gestalten wird. Ihre entscheidende Probe
wird die Regierungskoalition bei der Schaffung der end-
gültigen Verfassung zu liefern haben, bei der es gelingen
muss, den Bestand der Republik zu sichern und der Ent-
wicklung zum Sozialismus alle Wege offenzubehalten. Die
Sozialdemokratie befolgt die Taktik, die allein den
Interessen der Arbeiterklasse entspricht, ja, die heute über-
haupt allein möglich ist — alles, was gegen sie vorgebracht
wird, ist leere Redensart. Denn der Gedanke, sich mutwillig
in die Opposition zurückzuziehen und den bürgerlichen Par-
teien den Neuaufbau zu überlassen, ist ebenso unsinnig, wie
der andere, im Machtkampf gegen die Mehrheit und gegen ihr
unbestreitbares demokratisches Recht die eigenen Ziele durch-
zusetzen. Richtig allein ist die Taktik, die den Einfluss der
Arbeiterklasse und des Sozialismus planmäßig so lange er-
weitert, bis er durch die Kraft der Demokratie
zum alleinherrschenden geworden ist.

Diese Politik wird desto rascher zum Ziele führen, je
verständnisvoller die ganze Arbeiterklasse auf sie eingeht.

Weimar, 7. Februar. (Eigener Drahtbericht
d. „Vorwärts“.) Die sozialdemokratische Fraktion schlug
einmütig Genossen Ebert zum Reichspräsidenten und Ge-
nosse David zum Präsidenten der Nationalversamm-
lung vor.

Die Streiks in England.

Zwangsschutz der Elektrizitätsversorgung.

Amsterdam, 6. Februar. „Allgemein Handelsblad“ meldet aus
London, daß in vielen großen Restaurants keine Mahlzeiten mehr
abgegeben werden, weil die Köche und Kellner streiken. Einige
Restaurants sind geschlossen. Die Theater machen schlechte
Geschäfte, weil die Besucher infolge der Verkehrsstörungen aus-
bleiben.

London, 5. Februar. (Reuters.) Um die Versorgung mit elek-
trischer Kraft sicherzustellen, wurde unter dem Reichsver-
waltungsgesetz durch Staatsratsbeschluss eine Verordnung er-
lassen, die bestimmt, daß jede Person, die von einer öffentlichen oder
privaten Gesellschaft zur Vorsehung von Städten mit elektrischer
Kraft beauftragt wird und den Dienstvertrag mitwillig bricht,
mit 6 Monaten Zwangsarbeit bzw. Gefängnis oder 100
Pfund Geldbuße bestraft wird. Der gleichen Strafe verfällt eine
Person, die zu einem solchen Vorgehen auffordert.

Rücktransport aus dem Schwarzmeergebiet.

Die Entente-mächte haben dem Rücktransport der deutschen
Truppen und der Zivilbevölkerung aus den Gebieten des Schwarz-
meeres zu Wasser zugestimmt. Der Rücktransport hat bereits be-
gonnen.

Besinnung an der Wasserkante.

Die vielfach im Umlauf befindlichen Gerüchte über Un-
ruhen in Hamburg bestätigen sich in keiner Weise.

Nach Mitteilungen der Division Gerstenberg ist sowohl
in Bremen wie in Hamburg sowie Lübeck und Kiel
alles ruhig. Kleine Kundgebungen sind wohl vorgekommen.
Alles weitere ist aber tendenziöse Entstellung. Es ist anzu-
nehmen, daß in kürzester Zeit an der Wasserkante der normale
Zustand in vollem Umfange wiederhergestellt sein wird.

In Hamburg sind Einigungsverhandlungen
zwischen der gesamten Beamenschaft und den Parteiorgani-
sationen nachtsüber geführt worden und haben zu dem Er-
gebnis geführt, daß die Resolution Dr. Rausenberg sofort
rückgängig gemacht wird. Die Entwaffnung der ge-
samten Arbeiterschaft wird umgehend vorgenommen. Trup-
penendungen nach Bremen werden rückgängig gemacht.
Die Lebensmittellager stehen außer Kontrolle des A- und
S-Rates Hamburgs und werden nicht mehr bewacht. Der
A- und S-Rat verpflichtet sich, keinerlei Maßnahmen zu
treffen, die gegen die Regierung gerichtet sind. Die Beamten-
organisationen werden zu allen Verhandlungen zugezogen.
Die Ruhe und Ordnung war vergangene Nacht nirgends
gebrochen.

Bremen, 6. Februar. Die neue provisorische Regierung erließ
folgende Verfügung:

Alle seit der Revolution auf Anweisung der Regierung Ober-
scheidemann durch das Kriegsministerium erlassenen Verfügungen
und Anordnungen, die von den bisherigen Machthabern nicht an-
erkannt wurden, und deren Durchführung damit nicht vollzogen ist,
treten unergänzlich in Kraft. Alle militärischen Stellen
Bremens haben daher ohne Verzögerung alle Bestimmungen des
Kriegsministeriums, die jetzt noch ihre Gültigkeit haben, durchzu-
führen.

Die Russengefahr im Osten.

Deutsche Note an die Entente.

Berlin, 7. Februar. Ueber die Lage in den baltischen Provin-
zen und die damit im Zusammenhang stehende Bekämpfung des
Vollschweismus wurde in Spa am 6. Februar folgende Note über-
geben: „Die Lage der in den baltischen Provinzen des ehemaligen
russischen Reiches gegen die Bolschewisten kämpfenden freiwilligen
deutschen und baltischen Truppen hat sich weiter verschlechtert; die
Hafenstadt Windau, nördlich Liebau, ist nach hier vorliegenden
Nachrichten von bolschewistischen Truppen besetzt worden. Gelingt
es nicht, die bolschewistische russische Welle bald zum Stehen zu
bringen, so bräudet sie über die Grenzen nach Deutschland hinein. —
Die Alliierten haben zu wiederholten Malen von Deutschland
die Niederkämpfung des Bolschewismus gefordert. Dies ist
aller nur möglich, wenn den deutschen Truppen alle erfor-
derliche Unterstützung zuteil wird. Hierzu gehört, daß
in gewissem Umfange von See aus Schutz für
die Häfen und unter Umständen auch für Trans-
porte gewährleistet wird. Angesichts dieser Lage ist mehrfach
über Admiral Bromning der Antrag gestellt worden, einige
Kriegsjahrzeuge, die infolge des Artikels 23 des Waffen-
stillstandsvertrages haben überschreiten müssen wieder auslaufen
und in Dienst stellen zu dürfen, um in Libau geringe Streitkräfte
ständig stationieren zu können. Diese Anträge sind bisher abge-
lehnt worden. Infolgedessen wird nunmehr der Oberste Kriegs-
rat der Alliierten gebeten, anzuordnen, daß alliierte See-
streitkräfte künftighin Küstenball in Libau nehmen und gegebe-
nenfalls zum Schutz der Küstengebiete gegen bolschewistische Angriffe
mit den Waffen eingreifen, oder von dem bisherigen, durch Admiral
Bromning übermittelten Standpunkt abzugeben, und die Indienst-
stellung geringer deutscher Streitkräfte zuzulassen. Es werden zu-
nächst ein Kreuzer und vier Beschützer genügen.“

Wiederholt ist seitens des alliierten Oberkommandos der deut-
schen Regierung und der deutschen Obersten Exekutive der Vor-
wurf gemacht worden, Deutschland bekämpfe den Bolsch-
ewismus nicht, sondern überdehne ihn sogar. Diese Vorwürfe
sind stets als nicht den Tatsachen entsprechend energisch zurückge-
wiesen worden. Der Kampf der deutschen Truppen in den baltischen
Ländern erbringt den Beweis über die deutsche Haltung. Durch
eine den deutschen Vorkämpfern zustimmende Entscheidung würde
das alliierte Oberkommando zeigen, daß es den Abwehrkampf, den
Deutschland im eigenen und im Interesse der Welt gegen den
Vollschweismus führt, praktisch zu unterstützen gewillt ist.

Der Achtundentag in den Vereinigten Staaten. Während in
Australien und Deutschland der Achtundentag durch Gesetz eingeführt
ist, muß in den Entente-Ländern sich die Arbeiterklasse ihn erst er-
kämpfen. England und die Vereinigten Staaten sind jetzt die Län-
der, in denen der Kampf um den Achtundentag am lebhaftesten
entbrannt ist. Einen guten Erfolg hatten die Textilarbeiter in den
Neu-England-Staaten (in den Vereinigten Staaten). Dort haben
über eine Million Arbeiter die 48stündige Arbeitswoche er-
rungen. Auch in anderen Gewerkschaften ist die Bewegung im
Gange.

Unsere kommunalen Aufgaben
in der Zukunft.

Von Stadtverordneten Adolf Ritter.

In kurzer Zeit werden die Wahlen zur Berliner Stadt-
verordnetenversammlung stattfinden. An Stelle der rund
370 000 Wähler, die bisher nicht nach ihrer politischen, Be-
deutung, sondern nach dem Umfang des Geldbestands gewertet
wurden, werden weit über die doppelte Zahl an die Urne
treten. Auch zu den Gemeindegewählten haben Personen beider-
lei Geschlechts, die das 20. Lebensjahr überschritten haben,
das Wahlrecht.

Zu dieser Wahl müssen unsere Parteigenossen alles auf-
bieten, um auf unsere Liste eine möglichst große Stimmen-
zahl zu berechnen. Die Gemeinden mit ihrer vielseitigen
Tätigkeit einerseits für das leibliche und geistige Wohl ihrer
Bewohner, zum anderen als Ausführungsorgane der Ge-
setzgebung sind die Keimzellen des Staats und des Reichs.

Zum erstenmal — eine gewaltige Errungenschaft der
Revolution — wählen auch die Frauen. Allein die
sozialdemokratische Partei war es, die in Wort
und Schrift seit Jahren die politische Gleichberechtigung der
Frauen gefordert hat, alle übrigen bürgerlichen Parteien stan-
den diesem Verlangen zum Teil kühl bis ans Herz hinan,
teils ablehnend gegenüber!

Wenn im Verlaufe der bisherigen Wahlbewegung die
einzelnen bürgerlichen Parteien besonders die Frauen in
ihren Bannkreis zu ziehen suchten, so der Rat gehorchend,
nicht aus eigenem Triebe. Wie oft hat die Sozialdemokratie
im Berliner Rathaus mit den Liberalen, den jetzigen Demo-
kraten, die Ringe kreuzen müssen, weil diese sich nicht einmal
dazu aufschwingen konnten, den Frauen, selbst denen aus dem
Bürgertum, das Recht zu geben, wenigstens mit beratender
Stimme in den einzelnen Verwaltungsdeputatio-
nen tätig zu sein! Erst in den allerletzten Jahren ist es
durch andauerndes Festhalten an dem Prinzip gelungen, in
diese Burg politischer Voreingenommenheit Breche zu
schlagen.

Angeichts dieser Tatsachen wäre es unverständlich, wenn
die Frauenwelt den bürgerlichen Parteien nachlaufen und
insbesondere die Frauen und Töchter der erwerbs-
tätigen Bevölkerung von dem ihnen zustehenden Wahlrecht
feinen oder nicht den richtigen Gebrauch machen würden.
Die Gemeinde bietet den Frauen ein weites Betätigungsfeld:
Da ist zunächst das Gesundheits- und
Ernährungswesen. Zum ersten gehört die
Aranken-, Siechen- und Rekonvaleszenten-
pflege und die Kinderfürsorge. Manches auf diesen
Gebieten ist geleistet, vieles bleibt in der Zukunft zu tun,
nachdem die behördliche Bevormundung der Gemeinde-
verwaltungen gefallen ist.

Die Sozialdemokratie wird in Zukunft verpflichtet sein,
sich um den Aus- und weiteren Aufbau des Ernährungs-
wesens zu kümmern. Die Sozialisierung der Apotheken,
die Versorgung einer Stadt mit Milch, die Beschaffung lokaler
Monopole, wozu die Sozialisierung des Verkehrswezens in
erster Linie gehört, werden, wenn auch nicht sofort, in die
Wirksamkeit unzuliegen sein.

Wer in diesem Sinne die Tätigkeit der zukünftigen Ver-
liner Stadtverordnetenversammlung unterstützen und sie mit
durchführen helfen will, kann am Wahltag nur der Liste der
sozialdemokratischen Partei seine Stimme geben.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die bürgerlichen Par-
teien alles versuchen werden, um die Wähler durch an die
Wandmalung vermeintlicher sozialdemokratischer Mißwirtschaft
und besonders durch Bangemachen vor dem Untergang des
Mittelstandes, für sich einzufangen. Deswegen muß in diesen
Kreisen in den Tagen bis zur Wahl für die nötige Aufklärung
gesorgt werden. Bei der zukünftigen wirtschaftlichen Entwic-
kung im sozialistischen Sinne werden auch selbst Klein-
bürgerliche Kreise begreifen, daß dem Gesamtinteresse
des Volksganzen nicht das Interesse einer einzelnen
Gruppe oder einzelner Erwerbstreife untergeordnet
werden kann. Gering kommt der Umstand, daß in zahl-
reichen Fällen das wirtschaftliche Einkommen der Arbeiter-
klasse und der Angehörigen des Mittelstandes ziemlich gleich
ist, somit kein Grund vorliegt, eine scharfe Scheidegrenze zu
ziehen, wie dies aus wahlpolitischen Gründen von den
Mittelstandsparteien getan wird. Für eine gesunde Durch-
führung unseres zukünftigen kommunalpolitischen Lebens birgt
der Umstand, daß in Zukunft diejenigen Gruppen der Ge-
meinde mitraten und talen können, die bisher durch eine

tionäre Gefechte abseits führen mußten, vor allem die meindebeamten und Lehrer. Im Fahrwasser der alten Regierungsmittel mit den dieser Regierung mehr oder weniger gebundenen Parteien, hätten diese Kräfte bis auf den Samstag einmündig auf die Erfüllung ihres Wunsches bezüglich des Einflusses auf die Gemeindepolitik warten können. Aus diesen reifen werden daher der Partei neue Kräfte zuströmen, die in Erwartung gemeinsamer Arbeit der Sozialdemokratie willkommen sind. Auf dem Gebiete des Schulwesens und des bisherigen Gemeindeverwaltungsrechts gilt es in Preußen mit manchem alten Schutt aufzuräumen und Zeitgemäheres an deren Stelle zu setzen. Eine gesunde Wohnungs- und Steuerpolitik ließ sich in der bisherigen Zusammensetzung, wo das kapitalkräftige Bürgertum die Mehrheit und zum Teil erbliche Interessen hatte, nicht betreiben.

Ein Vertreterkreis, in der die Mehrheit aus Anhängern des politisch selbständig denkenden Proletariats zusammengesetzt ist, hat keine persönlichen Interessen zu vertreten, seine Aufgabe ist, auf demokratischem Wege dem Gemeinwohl der Bevölkerung zu dienen.

Wer daher will, daß im Sinne der vorgetragenen Gedanken in Zukunft Berlin sich entwickeln möge; wer will, daß der demokratische Weg mit den sozialistischen Zielen, der sich in den Wahlen zu den Nationalversammlungen kundgegeben hat, auch in kommunalpolitischer Hinsicht gute praktische Ergebnisse zeitigt, der wähle am 28. Februar die Liste der Sozialdemokratischen Partei.

Die tschecho-slawischen Forderungen.

Die Grenzen des früheren Königreichs Böhmen — 13 Millionen Einwohner.

Paris, 7. Februar. (Sodas.) Diplomatischer Situationsbericht. Die Vertreter der fünf Großmächte hörten Kramarz und Keneš an. Die Tschechoslowaken verlangen, einen Staat von ungefähr 13 Millionen Einwohnern in den Grenzen des früheren Königreichs Böhmen bilden zu können. Sie verlangen daher ganz Böhmen, Mähren, Schlesien und die Slowakei. Die Tschechoslowaken fordern außerdem Grenzberichtigung in der Gegend von Olag und Preußisch-Schlesien, bei Tropan, in der Gegend von Ratibor an der Oder und in der Gegend von Gmund und Thomenau in Niederösterreich. Schließlich sind die Tschechoslowaken geneigt, sich mit den Ruthenen zu vereinigen, die auf dem linken oberen Theißufer wohnen, wenn diese es wünschen. Dagegen sind sie einer Vereinigung mit dem Gebiete der Südslawen nicht abgeneigt, denn so würden die Deutschen endgültig vom Orient abgeschnitten. Die neuen slawischen Staaten werden dadurch mehr Festigkeit bekommen, da sie keine Zugangswege zum Meere und nach Italien hätten. Sie schlagen ferner die Internationalisierung der Verkehrswege der nicht am Meere gelegenen Staaten Mitteleuropas vor, um die politischen Bande, die sie verknüpfen, zu festigen, und um ihnen zu ermöglichen, dem deutschen Einfluß Widerstand zu leisten. Die tschechoslowakische Regierung verlangt besonders Internationalisierung der Elbe, der Weichsel und der Donau. Dasselbe soll mit den Eisenbahnlinien von Preshburg, Triest und Fiume geschehen. Andererseits dürfte die Linie Prag—Pilsen—Stuttgart—Paris der früheren Hegemonie Deutschlands Abbruch tun.

Morgen wird der Ausschluß der Konferenz Emir Fayal anhängen. Man glaubt, daß die Vertreter der Großmächte das südslawische Problem vor der Abreise Wilsons ansprechen werden, auch in Abwesenheit Lord Georges, der Paris verläßt, um sich nach London zu begeben.

Frankfurter Nationalversammlung 1848.

Von Friedrich Engels.

Als klassisch können die Darstellungen der achtundvierziger Revolution gelten, die Friedrich Engels an Stelle von Marx, der lange als ihr Verfasser genannt wurde, 1861 für die New Yorker „Tribune“ schrieb. Der Abschnitt über das Frankfurter Parlament wird in diesen Tagen der Weimarer Versammlung das Interesse für das Buch „Revolution und Konterrevolution in Deutschland“ aufs neue beleben. Man darf in der Darstellung natürlich nicht ein Schema zur Beurteilung der Ereignisse unserer Tage suchen. Das Geschichtsbild getrennter Zeiten kann sich immer nur in äußerlichen Zügen ähneln.

Es war schon im Beginn des revolutionären Dramas klar, daß die liberale Bourgeoisie sich gegen die niedergeworfenen, aber nicht vernichteten feudalen und bürokratischen Parteien nur behaupten konnte, wenn sie sich auf die extremen Volksparteien stützte, und daß sie andererseits gegen den Ansturm dieser radikalsten Massen der Hilfe des Feudaladels und der Bürokratie bedurfte. Es war also klar, daß die Bourgeoisie in Oesterreich und Preußen nicht genügend Kraft besaß, sich in der Wahl zu behaupten und die Staatsinstitutionen ganz ihren Bedürfnissen und Ideen anzupassen. Das liberale Bourgeoisministerium war nur eine Durchgangsstation, von der aus das Land, je nach Wendung, welche die Dinge nahmen, entweder zu dem vorgezeichneten Stadium des unitarischen Republikanismus schritten oder in das alte Herrschafts- und bürokratische Regime zurückfallen mußte. Auf alle Fälle war die wirkliche, entscheidende Schlacht noch zu schlagen; die Märzereignisse hatten den Kampf nur eingeleitet.

Nach den Siegen des Volkes in Wien und Berlin verhandelte die Einkerkung einer Nationalversammlung für ganz Deutschland von selbst. Diese Versammlung wurde daher gewählt und trat in Frankfurt zusammen, neben dem alten Bundestag. Das Volk erwartete von der deutschen Nationalversammlung, sie werde jede willkürliche Angelegenheit ordnen und als die höchste gesetzgebende Gewalt für die Gesamtheit des deutschen Bundes handeln. Der Bundestag aber, der sie einberufen, hatte ihre Befugnisse in seiner Weise festgesetzt. Niemand wußte, ob ihre Beschlüsse Gesetzeskraft haben oder ob sie der Sanction des Bundestages oder der der einzelnen Regierungen unterstehen sollten. Angesichts dieser Verwirrung mußte die Versammlung, wenn sie nur einen Pfund von Energie besaß, ohne weiteres den Bundestag — die unpopuläre Oberbehörde in Deutschland — auflösen, heimlich und durch eine Bundesregierung ersetzen, die sie aus ihren eigenen Reihen erwählte. Sie wußte sich für den einzigen gesetzlichen Ausdruck des souveränen Willens des deutschen Volkes erklären und dadurch jedem ihrer Beschlüsse Gesetzeskraft verleihen. Sie mußte vor allem sich in den Rest einer organisierten bewaffneten Macht im Lande setzen, die genügend war, jeden Widerstand der Regierungen niederzuwerfen. Und alles das war leicht, sehr leicht in jenem Anfangsstadium der Revolution. Aber es war zu viel, so etwas von einer Versammlung zu erwarten, deren Majorität aus

Die Tischehen entwickeln einen recht gesunden Appetit. Von den Rechten der 3/4 Millionen Deutschen, die in den von ihnen beanspruchten Gebieten kompakt wohnen, ist bei ihnen nicht die Rede, um so mehr von Plänen zur Schädigung deutscher wirtschaftlicher Interessen. Soll damit der Völkerverbund eingeleitet werden?

Wahlen zur polnischen Nationalversammlung. Große nationalistische Mehrheit.

Prag, 6. Februar. „Narodni Listy“ melden aus Warschau vom 4. Februar: Nach dem bisherigen Ausfall der Wahlen für die polnische Nationalversammlung wurden 480 Abgeordnete des nationalen Blocks, 80 Sozialdemokraten und 12 Juden gewählt.

Die Untersuchungskommission der Entente. Feststellung der Schuld am Kriege.

Berlin, 6. Februar. Nach dem „Motin“ ist am 3. d. Mts. eine Kommission für die Feststellung der Verantwortlichkeiten am Kriege und die Strafen eingesetzt worden. Die Kommission soll sich befassen: 1. mit dem Studium der Tatsachen, 2. mit der Feststellung der Verantwortlichkeiten, 3. mit der Feststellung der Regeln, nach denen die Sanktionen festgesetzt und angewendet werden sollen. Lausning ist zum Vorsitzenden der Kommission gewählt worden. Er setzte drei Unterkommissionen ein.

Nur noch Reaktionäre!

Verschmelzung der Deutschen Volkspartei mit der Deutschnationalen Volkspartei.

In den „Berliner Neuesten Nachrichten“ erwärmt sich der schwerliberale Syndikus Paul Fuhrmann für eine Verschmelzung der „Deutschen“ mit der Deutschnationalen Volkspartei. Die „Nationalliberale Korrespondenz“ hatte geschrieben, daß die „Deutsche Volkspartei“ als liberale Mittelpartei selbständig bleiben müsse. Davon will Herr Fuhrmann aber nichts wissen. Er meint:

Mit diesen Ausführungen soll die Deutsche Volkspartei als eine liberale und als eine Mittelpartei in demselben Gegensatz nicht nur zur sozialistischen und bürgerlich-demokratischen, sondern auch zur Deutschnationalen Volkspartei gestellt werden. Eine so betonte Gegenfälligkeit scheint mir auf vor-revolutionären Gedankenansätzen zu beruhen, die heute nicht mehr zu recht bestehen. Sie setzt innerpolitische Machtverhältnisse, Regierungsmethoden und Parteigruppierungen voraus, die verschwunden sind und nicht wieder in der alten Weise erscheinen werden. Der Gegensatz von Liberal und Konservativ fand im alten Deutschland seinen Ausdruck in den Herrschaftskämpfen, die innerhalb des Bürgertums um die Macht im Staat ausgefochten wurden. Heute aber handelt es sich nicht mehr darum, ob liberal oder konservativ gerichtete bürgerliche Schichten die politische Leitung des Staates und seine Wirtschaftspolitik bestimmen sollen. Es geht um die Frage, ob gegenüber der drohenden Herrschaft des Sozialismus das Bürgertum überhaupt noch eine maßgebende Stellung im Staats- und Wirtschaftsleben einnehmen kann.

Fuhrmanns Wahlbruch lautet danach: „Ich kenne keine Liberalen und Konservativen mehr, ich kenne nur noch Reaktionäre.“ Für seine Person trifft das sicher zu.

Die Uneinigkeit hat eine sozialistische Majorität vereitelt.

Ein Geständnis der „Freiheit“.

Bisher haben die Unabhängigen und erzählten wollen, daß die angebliche „Niederlegung“ der Wahlen zur Nationalversammlung eine sozialdemokratische Mehrheit verhindert hätte. Jetzt liest man es anders. Am Freitag morgen schreibt die „Freiheit“:

liberalen Advokaten und doktrinarischen Professoren bestand, von einer Versammlung, die zwar Anspruch darauf machte, die Pläne deutschen Geistes und deutschen Willens zu verkörpern, die aber in Wirklichkeit nichts war als eine Schaubühne, auf der alle überlebte politische Charaktere ihre unselbstwillige Rücksicht und ihre Unselbständigkeit des Denkens und Handelns vor den Augen von ganz Deutschland zum besten gaben. Diese Versammlung aller Völker der hiesigen Welt vom ersten Tage ihres Daseins an mehr Angst vor der geringsten Volksbewegung, als vor allen realen Bedrohungen aller deutschen Regierungen zusammenzunehmen. Sie beriet unter der Aufsicht des Bundestags, ja, sie betrat förmlich um die Sanctionierung ihrer Beschlüsse durch den Bundestag, denn ihre ersten Resolutionen mußten durch diese verbotene Körperlichkeit verhängt werden. Statt ihre eigene Souveränität geltend zu machen, vermittelte sie absichtlich die Disziplinierung einer so gefährlichen Frage. Statt sich mit einer bewaffneten Volksmacht zu umgeben, ging sie über alle gemaltätigen Verbrechen der Regierungen zur Tagesordnung über; Wain wurde nicht unter ihren Augen in Lagerungszustand versetzt, die Bevölkerung dort entworfen, und die Nationalversammlung rührte sich nicht. Später erwählte sie den Erzherzog Johann von Oesterreich zum Reichsverweser und erklärte, alle ihre Beschlüsse sollten Gesetzeskraft haben; aber der Erzherzog Johann wurde in seine neue Würde erst eingesetzt, nachdem man die Zustimmung aller Regierungen erlangt, und er wurde nicht von der Versammlung, sondern vom Bundestag eingesetzt. Und was die Gesetzeskraft der Beschlüsse der Versammlung anbelangt, so wurde sie von den früheren Regierungen nie anerkannt und von der Nationalversammlung nie mit Nachdruck geltend gemacht; diese Frage blieb daher unentschieden.

Unter diesen Umständen ließ die angebliche neue Zentralgewalt Deutschlands alles so, wie sie es gefunden. Weit entfernt, die lang ersehnte Einheit Deutschlands zu verwirklichen, beschränkte sie nicht einmal die all-runddeutenden der Fürsten, die es befehligen; sie zog die Lande nicht an, die die einzelnen Provinzen Deutschlands zusammenhielten; sie tat nicht den geringsten Schritt, die Reichsgrenzen niederzureißen, die Hannover und Preußen und Preußen von Oesterreich trennten; sie machte nicht einmal den leichesten Versuch, die bürgerlichen Gebiete abzusuchen, die überall in Preußen die Plünderfahrt hemmten. Aber je weniger die Nationalversammlung tat, desto lauter bramarbassierte sie. Sie schuf eine deutsche Flotte — auf dem Papier; sie ansetzte Polen und Schleswig; sie ließ Oesterreich einen Krieg gegen Italien führen, verhinderte aber die Italiener, den Oesterreichern in ihre sichere Rückzugslinie auf deutsches Gebiet zu folgen; sie ließ die französische Republik hoch leben und empfing ungarische Gefandtschaften, die sicherlich mit konfuseren Ideen über Deutschland heimkehrten als die, mit denen sie gekommen waren.

Diese Versammlung war zu Beginn der Revolution das Schreckgespenst aller bürgerlichen Regierungen gewesen. Sie hatten ein ganz diktatorisches und revolutionäres Vorgehen von ihr erwartet, gerade in Folge der Unbestimmtheit, in der man ihre Kompetenzen gefaßt. Die Regierungen konnten daher ein weltumfassendes Verbot von Anträgen, um den Einfluß dieser gefährlichen Körperlichkeit einzusperren; aber sie hatten mehr Muth als Verstand, denn diese Versammlung besorgte die Geschäfte der Regierungen besser, als sie selbst es hätten tun können. Zu diesen Anträgen gehörte vor

Alle energische, zielklare sozialistische Politik seit dem 9. November hätte das Proletariat längst aus der unseligen Spaltung zur Einheit geführt und das gerinnte Proletariat hätte bei der sozialen Zusammensetzung Deutschlands über die Majorität in der Nationalversammlung verfügt. Unendlich leichter wäre dann sein Weg geworden.

Also endlich das klare Geständnis, daß es die unselige Parteispaltung ist, die das Proletariat um die Majorität in der Nationalversammlung gebracht hat. Das haben wir Mehrheitssozialisten vom ersten Tage der Revolution an verkündet, daß nur die Parteispaltung und der innere Haß der Arbeiterschaft den Sieg entreißen könne. Aber damals haben gerade die Unabhängigen durch ihre aktive und passive Resistenz gegen die Nationalversammlung eine Einigung verhindert.

Karl Marx über das Recht des Gegen-schlages.

Am 17. August 1870 schreibt Karl Marx an Friedrich Engels:

„Kunze kann verwickelt einen defensiven Krieg mit defensiven militärischen Operationen. Also wenn ein Volk sich auf der Straße überläßt, so darf ich nur seine Fische parieren, aber ihn nicht niederdrücken, weil ich mich damit in einen Ungeheuer verwandeln würde! Der Mangel an Dialektik quillt aus allen diesen Worten aus jedem Wort heraus.“

Sollte man nicht meinen, Karl Marx habe alle diese Leute der „Freiheit“, „Republik“ usw. vorgehabt, die noch niemals ein kräftiges Wort des Tadels hatten, wenn Spornstulpe Gewalttätigkeit verübten, durch welche die gesunde Entwicklung der Demokratie und des Wirtschaftslebens der Republik auf das Schwerste geschädigt werden, aber sofort entrüthet aufschreien, wenn die an die Spitze der Republik geschickten Personen, denen die Fürsorge für den ruhigen Fortgang des gewerblichen Lebens, für Sicherheit und Freiheit der Nation obliegt, zum Schutze der Demokratie gegen jene Gewaltthätigkeit ihrerseits zur Gewaltanwendung schreiten? Mangel an Dialektik, an logischem Untercheidungsvermögen ist es, die „Wörter“ bei den Bekämpfern der in freibestimmtem Uebermut herausgeschworenen Unruhen zu suchen, und nicht bei den Anstiftern und Schürern jener Unruhen. Mangel an Dialektik und zugleich auch Mangel an Ehrlichkeit. Sie seihen Mühen und verächtlichen Kamele. Nicht nach ethischen Tugenden, nach vielen Hunderten zählen die sozialistischen Arbeiter und Intellektuellen, die von den Volksdritten brutal getödtet worden sind. Aber niemals hat man von den guten Seelen vom Schiffbauerdamm ein Wort der Entrüstung über jene Gewaltthaten vernommen.

Der „Pelz des Herrn Ebert“.

Necker waren die Tadel des Kaisers oder der Schwärze einer leuchtigen Bräutigam die Helden gewisser Anekdoten, ohne die der rühmige Schmod nicht auskommt. Selbst nicht in Revolutionen. Wenn es da nicht die Mode der Hero-in Amanda sein kann, nimmt man den Pelz des Herrn Ebert und läßt es sich etwas kosten, indem man erzählt, dieser Pelz — „ein schöner Sealpelz“ — und „sein wertvoller Epizentel“ seien gestohlen worden. Und nach dem Schmod kommt dann der Verleumder natürlich die „Freiheit“ und läßt an den ganzen Inhalt erkundeten Schmodel die hochpolitische Bemerkung, Ebert habe nicht nur seinen Pelz, sondern auch das Verlangen der Massen verloren.

Ebert kann nun wehmüthig lästeln, daß einem ein Pelz, den man nie besessen hat, gestohlen werden kann und daß die „Freiheit“ ihre politischen Argumente wie Fische in einem Pelz zu liegen vermag, der gar nicht existiert. Der Verlust des „wertvollen Epizentels“ ist in diesem Zusammenhang sehr zu bedauern. Es in Wert als Verständigungsmittel ist bekannt und geübt, besonders gegenüber solchen Schmodpolitikern, die vor keinem Widerstand unerschrocken sind und ihre Parteidoktrinen aus der unbewachten Wälderode anderer stauen.

allein die Einkerkung lokaler Herrschaftsübertragungen, und daher verliefen nicht bloß die Kleinigkeiten ihre Kammern, sondern auch Preußen und Oesterreich ließen konstituierende Versammlungen zusammenzutreten. In diesen besaß ebenso wie im Frankfurter Parlament die liberale Bourgeoisie oder ihre Minister, liberale Advokaten und Beamte, die Majorität, und die Dinge entwickelten sich hier ungefähr in derselben Weise wie dort, mit dem einzigen Unterschied, daß die deutsche Nationalversammlung das Parlament eines imaginären Landes war, da sie es abgelehnt hatte, jenes Gebilde zu schaffen, das doch ihre erste Lebensbedingung war, nämlich ein geeintes Deutschland; daß sie die imaginären Maßregeln einer von ihr selbst geschaffenen imaginären Regierung diskutirte, die nie verwirklicht werden sollten, und imaginäre Beschlüsse faßte, um die sich kein Mensch kümmerte. In Oesterreich und Preußen dagegen waren die konstituierenden Versammlungen wenigstens wirkliche Parlamente, die wirkliche Minister, en besaßen und einleiteten und mindestens für einige Zeit ihre Beschlüsse den Fürsten aufzuzwingen, gegen die sie zu kämpfen hatten. Auch sie waren feige genug und erzwangen einer höheren Auffassung revolutionären Handelns; auch sie verzichteten das Volk und lenkten die Macht wieder in die Hände des feudalen bürokratischen und militärischen Despotismus. Aber sie waren dabei wenigstens gezwungen, praktische Fragen von unmittelbarem Interesse zu diskutieren und auf der Erde mit anderen Leuten zu leben, während die Frankfurter Plouenmacher niemals glücklicher waren, als wenn sie im „Lutrecht des Traumes“ herumtrüben konnten. Daher bilden die Verhandlungen der Berliner und Wiener konstituierenden Versammlungen einen wichtigen Teil der Revolutionsgeschichte Deutschlands, während die langatmigen Verhandlungen des Frankfurter Parlamentes bloß den Sammler literarischer und antiquarischer Kuriositäten interessieren.

Das deutsche Volk, das die Notwendigkeit tief empfand, der verhassten territorialen Herrschaft ein Ende zu machen, welche die Gesamtheit der Nation zerstückelte und zunichte machte, erwartete eine Rettung von der Frankfurter Nationalversammlung zum mindesten den Beginn einer neuen Ära. Aber das kindische Gebären dieser Gesellschaft von Weißkammerer hätte den nationalen Enthusiasmus bald ab. Die schmachvollen Vorkämpfe, die der Waffenstillstand von Palmö (September 1848) hervorrief, brachten die Entrüstung des Volkes zum Uebermaß gegen eine Versammlung, von der man erwartet hatte, sie werde der Nation ein freies Feld für ihre Verwirklichung schaffen, und die anstatt dessen, getrieben von unerklärter Feigheit, nicht tat, als die Grundlagen, auf denen das jetzige konterrevolutionäre System aufgebaut ist, in ihrer frühesten Befugnis wieder herzustellen.

Notizen.

— In der Ukraine wird der Afrikaforscher Hans Ekmubul, dem es gelungen ist, mit seinem wertvollen Filmmaterial die Afrikabergsteiger die Heimat zu erreichen, seinen Film „Im deutschen Sudan“ am Montag und Dienstag vorzuführen.

— Einen Peter-Altenberg-Gedächtnisabend veranstaltet die Buch- und Antiquarhandlung Neuf u. Volck, Aufzuchtendamm 220. Ernst Deutsch liest aus Altenbergs Werken.

